

fmCh newsletter

Ein Rundschreiben der fmCh an ihre Mitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Neue Schweizerische Gesundheitsaussenpolitik (GAP)

Der Bundesrat hat diesen Frühling die neue Schweizerische Gesundheitsaussenpolitik (GAP) verabschiedet.

Die GAP wurde unter der Federführung von EDA und EDI in Zusammenarbeit aller Departemente entwickelt. Im Konsultationsprozess wurden auch Akteure ausserhalb der Bundesverwaltung (Kantone, Forschung, Zivilgesellschaft, Industrie, Leistungserbringer des Gesundheitssystems) angehört.

Die neue Gesundheitsaussenpolitik setzt Prioritäten in zahlreichen Bereichen, etwa bei der Zusammenarbeit mit der EU in Gesundheits- und Verbraucherschutzfragen, bei der Stärkung der Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO), bei der Forschung zu Fragen der globalen Gesundheit, bei der Stärkung von Genf als Gesundheitshauptstadt sowie bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung auf nationaler und lokaler Ebene durch strukturelle Reformen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Gemäss Medienmitteilung des Bundesrates vom 9. März 2012 will er durch die Gesundheitsaussenpolitik zudem den kohärenten Auftritt der Schweiz in den verschiedenen internationalen Gremien, die sich mit Teilfra-

gen der Gesundheit befassen, fördern und wo immer möglich Synergien schaffen. Dabei sei sich der Bundesrat der Stärken der Schweiz bewusst, die nicht nur eines der weltweit besten Gesundheitssysteme aufweise, sondern auch hervorragende Forschungsinstitutionen und eine innovative Pharma- und MedTech-Industrie besitze. Dieser Umstand und die Tatsache, dass die Schweiz ihre entwicklungspolitische Verantwortung wahrnimmt, sollen die Glaubwürdigkeit des Landes als globaler Akteur im Gesundheitsbereich erhöhen und das auf Armutsreduktion und nachhaltige Entwicklung bezogene Engagement der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit profilieren.

Kommentar :

Die positive Beurteilung des Schweizerischen Gesundheitswesens durch den Bundesrat gefällt der fmCh ausserordentlich gut. Wir mussten also auf die neue Gesundheitsaussenpolitik warten, um lobende Worte des Bundesrates über unser Gesundheitswesen zu lesen. Das ist eine willkommene Abwechslung zu dramatisierenden Berichten, die man allenthalben vernimmt. Es wäre zu wünschen, wenn auch die Gesundheitsinnenpolitik zu einer derart positiven Beurteilung unseres Gesundheitswesens käme.

Die FDP und die SP fordern die Einführung eines wirksamen Risikoausgleichs

Die Managed Care-Vorlage scheiterte am 17. Juni dieses Jahres an der Urne und mit ihr ging auch der verfeinerte und unbestrittene Risikoausgleich bachab, der in dieser Vorlage verpackt war. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion eine parlamentarische Initiative eingereicht, die die Einführung des verfeinerten Risikoausgleichs im Bundesgesetz über die Krankenversicherung zum Ziel hat. Kriterium für das erhöhte Krankheitsrisiko soll gemäss FDP die durch geeignete Indikatoren abgebildete Morbidität der Versicherten sein. Die Indikatoren, die die Morbidität abbilden, sollen vom Bundesrat in den Ausführungsbestimmungen zum Risikoausgleich erlassen werden.

Bereits am 21. September 2011 hatte Frau Nationalrätin Jacqueline Fehr als Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion eine parlamentarische Initiative mit praktisch demselben Inhalt eingereicht. Auch die SP fordert die Einführung des verfeinerten Risikoausgleichs. Im Unterschied zur FDP nennt die SP jedoch als Kriterium für das erhöhte Krankheitsrisiko der Aufenthalt in einem Spital oder Pflegeheim, der länger als drei Tage dauert, und die durch geeignete Indikatoren abgebildete Morbidität der Versicherten.

Die fmCh fragt sich, wann und ob die CVP und die SVP in Sachen Einführung des Risikoausgleich ebenfalls folgen werden, wie nach dem Abstimmungssonntag am 17. Juni zu vernehmen war.

Positionspapier der SGOT – SSOT zur Wahl der Implantate unter DRG

Die Schweizer Orthopäden befürchten wegen der neuen Fallpauschalen einen Qualitätsverlust bei den Implantaten. Sie warnen davor, dass die Spitäler die Auswahl der zur Verfügung stehenden Produkte einschränken werden. Der Kostendruck könnte dazu führen, dass günstigere oder weniger geeignete Prothesen eingesetzt würden, schreibt die Gesellschaft für Orthopädie und Traumatologie in einem Positionspapier, das auf der [Website der SGOT](#) heruntergeladen werden kann.

Wie der NZZ am Sonntag vom 5. August 2012 entnommen werden konnte will die Berner Krankenkasse KPT diesem Problem begegnen. Die KPT bietet neu eine Zusatzversicherung an, welche die freie Materialwahl garantiert. Sie deckt die zusätzlichen Kosten ab, die entstehen, wenn der Facharzt nicht die vom Spital angebotenen Standardimplantate einsetzen will. Die Zusatzversicherung erlaubt zudem die freie Arztwahl im Spital. Der Aufpreis beträgt knapp 5 Prozent des Grundversicherungstarifes, ist also günstiger als eine herkömmliche Spitalzuzusatzversicherung.

Die KPT hat ihr Produkt im Kanton Bern eingeführt, will das Angebot aber auf die ganze Schweiz ausdehnen. Walter Anna-sohn, Generalsekretär der Berner Belegärzte-Vereinigung, bezeichnet es als eine gute Sache. Er sieht darin eine «Antwort auf die Zweiklassenmedizin, welche aufgrund der Fallpauschalen entstehen dürfte».

Die anderen grossen Schweizer Krankenversicherer wollen dem Berner Beispiel indes nicht folgen. Sie sehen dafür keinen Bedarf,

es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass die Materialwahl zum Problem werden könnte. Helsana-Sprecherin Claudia Wyss zum Beispiel erwartet von Ärzten und Spitälern «ein ethisches und qualitativ hochstehendes Handeln» auch gegenüber den grundversicherten Patienten. Das schliesse die Verwendung geeigneter Implantate ein. Wem das nicht Sicherheit genug sei, der könne auf die private oder halbprivate Spitalzusatzversicherung ausweichen, sagen die Versicherer.

DRG orientierte Fortbildungsveranstaltung der SGfM



Am Freitag, 14. September 2012 von 09.30 - 17.00 Uhr findet im Kursaal Bern eine Veranstaltung zum Thema Qualitätsmedizin Schweiz Teil I statt. Mittelpunkt der gesundheitspolitischen Diskussion sind die seit anfangs 2012 umgesetzten Reformen zur Spitalfinanzierung. Das Schweizer Gesundheitswesen ist in der aktuellen Situation gravierenden Änderungen ausgesetzt und die Beteiligten müssen sich den neuen Herausforderungen stellen. Heutige und zukünftige Strukturen im Gesundheitswesen sollen in Bern diskutiert werden. Experten beleuchten den Themenkreis aus der eigenen Perspektive. In einem gesonderten Teil der Veranstaltung inkl. einer Podiumsdiskussion wird das Publikum einbezogen, um das Gehörte zu bewerten und eigene Erwartungen an die verschiedenen Akteure zu adressieren.

Melden Sie sich noch heute an : ⇒ [Hier](#)

Mit dem Newsletter der fmCh informieren wir Sie kurz und bündig über Neuigkeiten der Gesundheitspolitik und der fmCh. Rückmeldungen sind nicht nur erlaubt, sondern erwünscht und werden, soweit passend, publiziert : info@fmch.ch

<http://www.facebook.com/generalsekretariatfmCh>

Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche

Das Generalsekretariat der fmCh

